

# Germersheimer Rundschau

## ZEITUNG FÜR DIE SÜDPFALZ

### KURZ NOTIERT

#### Defekte Trinkwasserleitung wird ersetzt

**BELLHEIM.** Dass die Trinkwasserleitung zu Schwimmbad, Tennishalle und Tennisverein erneuert werden muss, darüber hat Ortsbürgermeister Paul Gärtner (FWG) den Gemeinderat bereits im Dezember 2021 informiert (wir berichteten). Nun soll es geschehen. Der Rat beschloss in seiner jüngsten Sitzung einstimmig, nicht nur das defekte Teilstück zu ersetzen, sondern gleich die komplette, ab 1960 verlegte Asbestentleitung. Die voraussichtlichen Kosten von etwa 100.000 Euro teilen sich Orts- und Verbandsgemeinde Bellheim hälftig, da beide die Leitung nutzen. Diese verläuft ausgehend von der Obermühlstraße teilweise entlang des Spiegelbachs nach Norden, um sich dann in die drei Äste Schwimmbad, Tennishalle und Tennisverein aufzuteilen. In der Vergangenheit sei es insbesondere an dem Teilstück entlang des Spiegelbachs unter anderem wegen Setzungen zu mehreren Rohrbrüchen und hohen Kosten gekommen. Nicht zuletzt, um die Versorgungssicherheit des Schwimmbads zu gewährleisten, soll die Reparatur nun angegangen werden. Zumal, so Gärtner, „das Schwimmbad dieses Jahr wohl eh nicht mehr öffnet“.

Das zu sanierende Freibad ist nach zwei Wasserrohrbrüchen im vergangenen Jahr bis auf Weiteres geschlossen worden. Die Arbeiten sollen jetzt zwar anfangen, aber ob sie auch rechtzeitig zum Abschluss gebracht werden? Das konnte zuletzt auch Verbandsbürgermeister Gerald Job (FWG) nicht garantieren (wir berichteten am 18. Februar). [js]

#### Fünfter Abi-Jahrgang verlässt Carl-Benz-Gesamtschule

**WÖRTH.** Wenn das der alte Goethe erlebt hätte: Die Carl-Benz-Gesamtschule präsentiert die Leiden des jungen Werthers – unter diesem Motto verabschiedete die ICS ihren fünften Abiturjahrgang. 33 Abiturienten erhielten ihre Zeugnisse. Celine Ritter erhielt die Preise des Fördervereins für das beste Abitur (1,1) und für ihr besonderes Engagement für die Schulgemeinschaft. Mehr zur Abiturfeier und den Preisträgern auf unserer Homepage: [www.rheinpfalz.de/lokal/kreis-germersheim.html](http://www.rheinpfalz.de/lokal/kreis-germersheim.html) [jopa]

#### 83-Jährige stürzt von Fahrrad

**RÜLZHEIM.** Eine 83-Jährige unterschätzte am Montag laut Polizei offenbar die Bremsleistung ihres Fahrrads, als sie in der Mittleren Ortsstraße anhalten wollte. Sie stürzte vom Fahrrad und kam in ein Krankenhaus. [jhp]

#### FDP sieht im Pausenhof ein „trotloses Flickwerk“

**MINFELD.** Den Schulhof der Minfelder Grundschule, die auch von den Kindern aus Winden besucht wird, bezeichnet die FDP-Fraktion im Verbandsgemeinderat als „unebene und trotloses Flickwerk“. Sogar Spielgeräte seien abgebaut worden, so Fraktionssprecher Schwalter, der sich besonders um die Kinder sorgte, die den ganzen Tag über in der Schule sind. Da in nächster Zeit wohl nicht an den Beginn der Erweiterungsarbeiten zu denken sei, schlägt die FDP eine Sanierung des Pausenhofes vor. [jh]

#### Polizei kontrolliert Verkehr an Schulweg

**GERMERSHEIM.** Am Montagmorgen kontrollierte die Polizei in der Mozartstraße den Schulweg und die Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer. Insgesamt waren elf Autofahrer zu schnell unterwegs. Der Spitzennrater wurde bei erlaubten 30 mit 51 Stundenkilometern gemessen. Beim Thema Kindersicherung gab es keinerlei Beanstandungen. [jhp]

#### Entscheidung über Photovoltaik-Pflicht vertagt



Die Ratsmitglieder brauchen mehr Infos vor ihrer Entscheidung. FOTO: DPA

**LEIMERSHEIM.** Der Ortsgemeinderat hat die Änderung des Bebauungsplans hinsichtlich der Verpflichtung zur Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie vertagt. Die Räte sehen noch Beratungsbedarf beim Umsetzungszeitraum und Sanktionsmechanismen. Die Strafenbeläge im Brühl werden in grauem Pflaster ausgeführt. Die Regenrinnen sollen anstrahlungslos sein. Ein optischer Muschelkalk-Mix fiel bei der Abstimmung knapp durch. [jz]

## Rechnungshof rät: Niedermeier auf Schadenersatz verklagen

Rund um die unbegründete Kündigung einer Kita-Leitung lief so ziemlich alles falsch, was falsch laufen konnte. Zu dieser Einschätzung kommt der Rechnungshof. Das Fazit der Behörde ist drastisch.

VON NICOLE TAUER

**KANDEL.** Die Einschätzungen des Rechnungshofs im Prüfbericht sind mit Blick auf die Amtsführung von Stadtbürgermeister Michael Niedermeier (CDU) vernichtend. Zum Bräutigand: Die Stadt hatte als Trägerin einer Kindertagesstätte der Leiterin Ende 2019 gekündigt, weil sie dieser vorwarf, nicht genug getan zu haben, um den sexuellen Missbrauch von Kindern durch einen Erzieher zu verhindern. Tatsächlich hatte sich die Kita-Leiterin an alle Vorgaben gehalten, allerdings nicht den Bürgermeister selbst informiert.

Das Arbeitsgericht hatte der Kita-Leiterin in ihrer Kündigungsschutzklage in zwei Instanzen recht gegeben. Die Stadt hat dennoch eine Weile gebraucht, um ihr wieder einen adäquaten Arbeitsplatz anzubieten. Bürgermeister Niedermeier hatte in diesem Zusammenhang unter anderem mit einem anderen Rechtsverständnis argumentiert. Eine Ansicht, die von der schwarz-grün-gelben Koalition im Stadtrat gedeckt wurde. In der Zwischenzeit hatte die hoch verschuldete Stadt mit Zustimmung des Stadtrats eine weitere Kita-Leiterin fest eingestellt, für die zwei städtischen Einrichtungen gibt es nun also drei Führungskräfte. Eine dritte Einrichtung befindet sich zwar derzeit im Bau. Der Stadtrat entscheidet erst heute darüber, ob die Stadt hier die Trägerschaft behält oder abgibt. Der Rechnungshof war durch die Eingabe eines Bürgers vom 4. Juni auf die Vorgänge aufmerksam geworden und hatte am 13. Oktober 2022 eine Prüfung eröffnet. Der Prüfbericht liegt der Kandelverwaltung seit vergangener Woche vor. Hier eine Zusammenfassung der knapp 40 Seiten: Die fristlose Kündigung der Kita-Leiterin war nicht gerechtfertigt. Arbeitsrechtlich war davon auszugehen, dass eine solche mit erheblichen Risiken verbunden war, heißt es in dem Schreiben. Umso mehr, als dass das Landesamt für Jugend und Soziales selbst eine „Tätigkeitsuntersuchung“ angekündigt hatte und damit eine Kündigung obsolet gewesen wäre. „Etwas Erwägungen politischer Opportunität“ rechtfertigten ein solches Vorgehen nicht, tadelt der Rechnungshof.

In der Folge hat der Stadtbürgermeister eine Rechtsanwaltskanzlei für den Rechtsstreit beauftragt. Hier fehlen jegliche schriftliche Vereinbarungen zu Auftragsumfang und Vergütung. Was besonders schwer wiegt: Die Stadt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) und hat damit Anspruch auf Unterstützung in Rechtsstreitigkeiten. Zur Nutzung dieses Angebots wäre sie aus Gründen der Wirtschaftlichkeit verpflichtet gewesen, heißt es in dem Schreiben. Zumal man unter Beratung der Kanzlei vier arbeitsgerichtliche Prozesse geführt und verloren habe, ein Ergebnis, das man auch mit dem KAV hätte erreichen können, so das Schreiben. In der Verbandsgemeindeforum habe man sich zudem erst auf Nachfrage des Rechnungshofs an eine Rechtsschutzversicherung erinnert.

Der Stadtrat wurde stets zu spät oder nicht in die Mandatierung der Anwälte, die Kündigung der Kita-Leiterin und die Einlegung der Berufung eingebunden. Es bleibt auch offen, ob der Stadtrat, also die



Der Rechnungshof hat seinen Prüfbericht vorgelegt. FOTO: LENZ

Beigeordneten, tatsächlich informiert waren. Denn Protokolle liegen keine vor. Zwischenzeitlich hatte man der Kita-Leitung die Bauleitung der zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingeleiteten Baueinrichtung angeboten und ihr als Arbeitsplatz einen Laptop im Ratsaal zur Verfügung gestellt. Dies wird vom Rechnungshof als „rechtlich untauglicher Versuch“ der Stadt gewertet. „Das Verhalten der Stadt verstieß daher eklatant gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot.“ Die entstandenen Kosten für eine Vergütung ohne Arbeitsleistung belaufen sich auf zirka 88.000 Euro.

Der kommunalpolitisch wohl brisanteste Satz findet sich auf Seite 28 und ist farblich hervorgehoben: „Schadensersatzansprüche sind nach Feststellung der Schadenshöhe gegenüber dem Stadtbürger-

meister geltend zu machen.“ In der schriftlichen Stellungnahme zum Bericht hatte Niedermeier vorab geäußert, dass ihm doch von einem Vertreter der Verwaltung geraten worden sei, den KAV nicht zu beauftragen. Der Stadtbürgermeister trage für sein Handeln die Verantwortung, heißt es nun klar dazu im Bericht. Hier geht es um die 15.000 Euro, die an Kosten für den Rechtsanwalt aufgelaufen sind. Der Stundensatz von 300 Euro wird gerade noch gepuffert.

In weiteren Passagen des Berichts äußert sich der Rechnungshof auch kritisch dazu, dass Haushalte der Stadt in den vergangenen Jahren rechtswidrig gewesen seien, da Konsolidierungspläne nicht erfüllt werden. Eine Einsparungsmöglichkeit wird zum Beispiel beim Bauhof gesehen, der Aufgaben für die gesamte Verbandsgemeinde geltend zu machen.“ In der schriftlichen Stellungnahme zum Bericht hatte Niedermeier vorab geäußert, dass ihm doch von einem Vertreter der Verwaltung geraten worden sei, den KAV nicht zu beauftragen. Der Stadtbürgermeister trage für sein Handeln die Verantwortung, heißt es nun klar dazu im Bericht. Hier geht es um die 15.000 Euro, die an Kosten für den Rechtsanwalt aufgelaufen sind. Der Stundensatz von 300 Euro wird gerade noch gepuffert.

In weiteren Passagen des Berichts äußert sich der Rechnungshof auch kritisch dazu, dass Haushalte der Stadt in den vergangenen Jahren rechtswidrig gewesen seien, da Konsolidierungspläne nicht erfüllt werden. Eine Einsparungsmöglichkeit wird zum Beispiel beim Bauhof gesehen, der Aufgaben für die gesamte Verbandsgemeinde geltend zu machen.“ In der schriftlichen Stellungnahme zum Bericht hatte Niedermeier vorab geäußert, dass ihm doch von einem Vertreter der Verwaltung geraten worden sei, den KAV nicht zu beauftragen. Der Stadtbürgermeister trage für sein Handeln die Verantwortung, heißt es nun klar dazu im Bericht. Hier geht es um die 15.000 Euro, die an Kosten für den Rechtsanwalt aufgelaufen sind. Der Stundensatz von 300 Euro wird gerade noch gepuffert.

### KOMMENTAR

## Zeit für Rücktritte

VON NICOLE TAUER

Eigentlich kann es für den Bürgermeister nur eine Konsequenz aus dem Prüfbericht geben. Doch es sollten noch mehr Beteiligte gehen.

88.000 Euro für die Kita-Leiterin, 15.000 Euro für den Anwalt. Nun liegen die Zahlen auf dem Tisch, die der Kandel Bürgermeister Michael Niedermeier (CDU) seit Monaten geheimzuhalten versucht – vor der Öffentlichkeit, sogar vor seiner eigenen Fraktion. Doch der Prüfbericht des Rechnungshofs bietet viel mehr als die reinen Kosten, die der Stadt durch sinnlose Prozesse vor dem Arbeitsgericht entstanden sind. Der Bericht bietet auch einen Einblick in eine, mit Verlaub, lausige Amtsführung.

Fehlende oder späte Absprachen, mangelnde Einsicht, keine Protokolle oder Niederschriften von Vereinbarungen, Vertuschungsversuche ... das zieht sich wie ein roter Faden nicht nur durch den Rechtsstreit mit der Kita-Leiterin. Das gilt auch für die Frage nach der Kita-Trägerschaft, Unklarheiten rund um den neuen Fußballverein, die Offenlegung der Kosten für das Stadtfestival im vergangenen Jahr. Niedermeier ist mit dem Versprechen von Transparenz angetreten und bietet konsequent das Gegenteil. Voran kommt Kandel mit ihm nicht, die Patenschaft mit der Luftwaffen-

kompanie ist das einzige nennenswerte Projekt, das in den vergangenen Jahren umgesetzt wurde. Dass Mitarbeiter der Verwaltung den Bürgermeister nicht einbremsen konnten oder wollten, ist ein trauriges Kapitel für sich. Dass im Stadtrat auch die Opposition Entscheidungen mitgetragen hat, die nachweislich fragwürdig sind, ebenso. Aber wie schreibt der Rechnungshof so schön? „Für sein Handeln trägt er die Verantwortung.“ Wenn Bürgermeister Michael Niedermeier sich selbst und Kandel einen Gefallen tun will, dann tritt er von seinem Amt zurück. Es ist an der Zeit, Konsequenzen zu ziehen.

Zur Erinnerung: Mit Verweis auf das Kindeswohl hatten sich weitere Vertreter der schwarz-grün-gelben Koalition an der schabigen Behandlung der Kita-Leitung beteiligt und versucht, sich jeglicher sachlichen Diskussion zu entziehen. Im Kandel Stadtvorstand befinden sich drei erfahrene, altgediente Kräfte. Nachdem die Einschätzung des Rechnungshofs schwarz auf weiß vorliegt, wäre es nur konsequent, wenn auch die Beigeordneten ihre Ämter niederlegen würden.

meide übernehmen könnte. Die Verwaltung hat zugesagt, das Thema „Verbandsgemeindebauhof“ zu prüfen. Was bedeutet die Kritik des Rechnungshofs nun im kommunalpolitischen Alltag? Der Rechnungshof äußert Forderungen, die er für geboten hält, erläutert ein Sprecher auf Anfrage. Da der Rechnungshof aber keine Exekutivbefugnis habe, könne er auch kein Urteil sprechen. Das bedeutet: Daraus folgt keine Pflicht. Die Umsetzung der Forderungen liegt bei den örtlichen Gremien, auch was etwaige Schadenersatzforderungen an Bürgermeister Niedermeier angeht.

Laut Verwaltung ist eine öffentliche Diskussion des Prüfberichts für die Stadtratssitzung am Donnerstag, 11. Mai, geplant. Dann soll der Prüfbericht, wie gesetzlich vorge-

sehen, auch veröffentlicht werden.

meide übernehmen könnte. Die Verwaltung hat zugesagt, das Thema „Verbandsgemeindebauhof“ zu prüfen. Was bedeutet die Kritik des Rechnungshofs nun im kommunalpolitischen Alltag? Der Rechnungshof äußert Forderungen, die er für geboten hält, erläutert ein Sprecher auf Anfrage. Da der Rechnungshof aber keine Exekutivbefugnis habe, könne er auch kein Urteil sprechen. Das bedeutet: Daraus folgt keine Pflicht. Die Umsetzung der Forderungen liegt bei den örtlichen Gremien, auch was etwaige Schadenersatzforderungen an Bürgermeister Niedermeier angeht.

Laut Verwaltung ist eine öffentliche Diskussion des Prüfberichts für die Stadtratssitzung am Donnerstag, 11. Mai, geplant. Dann soll der Prüfbericht, wie gesetzlich vorge-

## Team für Ärztehaus-Praxis steht

**DIE GUTE NACHRICHT:** Nichts Geringeres als ein Leuchtturm-Projekt soll die von den „Südpfalz Docs“ geplante Praxis werden. Es gibt nicht nur Raumpläne, sondern auch ein Datum, wann es losgehen soll.

VON MICHAEL GOTTSCHALK

**BELLHEIM.** Anfang kommenden Jahres soll es in der großen, noch leerstehenden Praxis im Erdgeschoss des neuen Ärztehauses in Bellheim losgehen. Dann sollen zunächst eine Handvoll noch anzustellender „Südpfalz Docs“ mit der medizinischen Versorgung von Patienten beginnen. Die Startformation steht bereits. Das sagte Thomas Schmitz von den „Südpfalz Docs“ in der jüngsten Sitzung des Ortsgemeinderats. Die „Südpfalz Docs“ sind nach Angaben des Mediziners, der zurzeit in einer Praxis in Neustadt-Geinsheim angestellt ist, ein 2019 gegründetes Netzwerk junger Hausärzte mit rund 160 Vereinsmitgliedern, die mit neuen Ideen dem zunehmenden Hausarztmangel in der Region begegnen wollen.

In Bellheim soll laut Schmitz eine „Hausarztpraxis mit Leuchtturmcharakter“ entstehen. Einer der Ärzte, die in der noch zu gründenden

Genossenschaft mitarbeiten wollen, so Schmitz: Kollegin Katharina Leske aus Speyer, soll es auch getrennte Wartezimmer geben. Allein für Routinebehandlungen soll es fünf Praxisräume geben. Hinzu kämen Mul-



Das Ärztehaus in Bellheim. FOTO: GS

ti funktionsräumen, etwa für psychotherapeutische Behandlungen. Es soll aber auch Spezialisten für Ar-

beitsmedizin geben. Ultraschalluntersuchungen sollen möglich sein, um akute Erkrankungen schnell auf die Spur kommen zu können. Online-Sprechstunden soll es auch geben: Entweder in der Form, dass der Arzt in der Praxis und der Patient zu Hause am Computer sitzt und man sich unterhält. Oder der Patient, der eventuell nicht über die erforderliche technische Ausstattung verfügt, sitzt in der Praxis, wo er unter technischer Anleitung mit „seinem“ Hausarzt reden kann, der zu Hause am Bildschirm sitzt. Leske sagte auch, dass, wenn die Praxis läuft, geplant ist, die nächste Generation junger Ärzte auszubilden. Laut Schmitz sind im Kreis Germersheim aktuell acht Plätze von Allgemeinmedizinern offen.

Im Gemeinderat machten Sprecher der Fraktionen deutlich, dass es sie freut, dass die Praxis bald öffnen soll, die medizinische Versorgung in Bellheim gesichert ist. „Ich freue mich, Sie jetzt öfter zu sehen“, sagte

Ortsbürgermeister Paul Gärtner (FWG). „Wo auch immer“, entgegnete Schmitz schmunzelnd. Schmitz kann sich vorstellen, die ebenfalls noch leerstehende Praxis im ersten Obergeschoss zu mieten, sagte Gärtner. Deshalb soll zunächst einmal abgewartet werden, was die Vermietung der Räume an Dritte anbietet.

Das im vergangenen Jahr fertiggestellte und in Betrieb genommene Ärztehaus hat die Gemeinde als dessen Eigentümerin nach früheren Angaben rund achtzehn Millionen Euro gekostet. Das über vier Vollgeschosse verfügende Gebäude soll auf drei Etagen mit 1800 Quadratmetern Gewerbeflächen erhalten, im Dachgeschoss vier Penthouse-Wohnungen und 60 Parkplätze, für die Erweiterungsflächen zur Verfügung stehen sollen. Objektbetreuung und Vermietung des Ärztehauses liegen in den Händen der BF Baubetreuung Frederking, die es auch gebaut hat.